

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern



Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker

MPI Gemeinschaftsgüter · Kurt-Schumacher-Str. 10 · 53113 Bonn

Prof. Dr. Jochen Hörisch
Seminar für deutsche Philologie
der Universität Mannheim
Neuere Germanistik I
D-68131 Mannheim

MPI Gemeinschaftsgüter
Kurt-Schumacher-Str. 10
53113 Bonn
<http://www.coll.mpg.de>

Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker
Tel.: +49(0)228 9 14 16-800
Fax: +49(0)228 9 14 16-11
weizsaecker@coll.mpg.de

Bonn, den 29.08.2013

Betr.: Man muss dran glauben

Sehr geehrter Herr Kollege Hörisch,

Ihr Buch „Man muss dran glauben –Die Theologie der Märkte“ hat mich amüsiert und belehrt. Ich bin ein Vertreter der Zunft, die Sie in dem Buch aufs Korn genommen haben. Ich fühle mich bestätigt in einer Selbst-Psychoanalyse, die ich vor Jahren einmal angestellt habe: Ich war – nach verschiedenen früheren Stationen seit 1982 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Dort ging es mir gut, meiner Familie auch. Dann wurde mir eine Professur an der Universität zu Köln angeboten. Zuerst reagierte ich ablehnend, schließlich aber nahm ich den Ruf an – und bin dann von 1986 bis zu meiner Emeritierung 2003 in Köln geblieben. Gelegentlich, wenn in Köln nicht alles so nach Wunsch lief, fragte ich mich, warum ich denn diesen Ruf angenommen habe. Und ich kam auf die Antwort: in Köln bin ich als Inhaber des wirtschaftstheoretischen Lehrstuhls fast wie der Vertreter der Systematischen Theologie an einer traditionellen Universität wie Heidelberg oder Bonn oder Bern, wo die Theologische Fakultät an erster Stelle steht und beim Beginn der Rektoratsfeier als erste in ihren Talaren einzieht, für alle sichtbar „prima inter pares“. In Köln jedoch, wo es eine theologische Fakultät nicht gibt, stand und steht die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät an der Spitze – und innerhalb der Fakultät sind die Volkswirte zuständig für die „reine Lehre“. Sie stehen sozusagen an der Spitze der Spitze. Und ich als Inhaber des *wirtschaftstheoretischen* Lehrstuhls dann an der Spitze der Spitze der Spitze. Dieser Gedanke passt doch gut zu den Thesen Ihres Buchs.

A

Ich schreibe Ihnen aber deshalb, weil ich bei aller Bewunderung für Ihr elegantes Werk doch auch Widerspruch loswerden will. Natürlich zum Beispiel zu Ihrem ersten Satz, in dem Sie ja uns Volkswirte in dieselbe Schublade stecken wie die Astrologen oder die Alchemisten. Gewiss, es fällt auf, dass die Politische Ökonomie ungefähr zu der Zeit entstand, als die Astrologie wohl endgültig von der Astronomie und die Alchemie wohl endgültig von der Chemie abgelöst wurde. Politische Ökonomie als Ersatz für die Astrologie? Wirtschaftsprognosen als Ersatz für Horoskope? Papiergeld als Ersatz für den schwindenden Glauben an die Transformation von minderen Metallen in Gold? Und in der Tat, mein Freund Hans Christoph Binswanger hat in seinem Faust-Buch diese Goetheschen Gedanken sehr

geistreich thematisiert, ja wiederentdeckt. (Vor einem Jahrzehnt lasen meine Frau und ich in Vorbereitung auf die Steinsche Faust-Aufführung die beiden Teile parallel zu dem Schöneschen Kommentar; ich war enttäuscht, dass Binswangers Buch – es war damals nur die erste Auflage – von Schöne nur knapp erwähnt und überhaupt nicht gewürdigt wurde. Das werfen Sie der Germanistenzunft ja auch vor).

Jedoch, die Alchemie hat in ihrem buchstäblichen Sinne nicht funktioniert, das Papiergeld schon. Gewiss, nicht immer, aber insgesamt, nehmt alles nur in allem, doch recht gut. Auch das Verständnis davon, unter welchen Bedingungen das Papiergeld funktioniert und wann nicht, hat im Verlauf der Zeit, nicht zuletzt dank des Nachdenkens meiner früheren Fachkollegen stark zugenommen. Zur gegenwärtigen Krise des Banken- und Finanzsystems schreibe ich noch etwas weiter unten. Zu Ihrer Exkulpierung dieser "Lehre" wegen der "Überkomplexität" des Untersuchungsgegenstands ebenfalls weiter unten.

B

Zum homo oeconomicus. Der vernünftige Ökonom hat diese Figur immer als einen Idealtypus im Max-Weberschen Sinne gesehen, so im Übrigen auch schon Max Weber selbst. Wenn es mir erlaubt ist, trotz Ihrer Kritik an diesem Verfahren, eine Analogie aus der Physik heran zu ziehen: die Galiläischen Fallgesetze gelten buchstäblich ja nur, wenn der Prozess im Vakuum stattfindet. Und die traditionalistischen Gegner des Galiläi hatten ihm ja genau das vorgehalten, dass ein Stein in dieser realen Welt ganz anders zur Erde fällt als das Blatt eines Baums. Dennoch waren diese Gesetze ein großer wissenschaftlicher Durchbruch, auf dem Newton aufbaute, als er anhand der von Astronomen und Astrologen erstellten Messungen der Planetenbewegungen sein Gravitationsgesetz entdeckte. In Analogie zum Verhältnis zwischen dem Fallgesetz Galiläis und den Fallprozessen des täglichen Lebens sehe ich das Verhältnis zwischen der Denkfigur des homo oeconomicus und dem Verhalten der Menschen im täglichen Leben. Es ist im Übrigen im ganzen Fach anerkannt, dass der homo oeconomicus auch altruistische Züge haben kann. Entscheidend für diese Denkfigur ist, dass seine "Präferenzen" festliegen und durch das Wirtschaftsgeschehen nicht beeinflusst werden.

Ich gebe zu, dass es eine Schule in der ökonomischen Theorie gibt, die den homo oeconomicus quasi wörtlich nimmt, insbesondere die Chicago-Schule, die Sie ja auch zitieren. Aber mehrheitlich haben die Ökonomen das Modell des homo oeconomicus als einen Grenzfall angesehen, der das Verhalten der Menschen nicht unverzerrt beschreibt. Ich selbst habe vor Jahrzehnten meine eigene Haltung in diesem Sinne publik gemacht in einem Artikel "Notes on Endogeneous Change of Tastes" im Journal of Economic Theory 1971. Dort zeige ich auch anhand eines (noch zu einfachen) Modells, welcher prinzipielle Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Verhalten der Menschen und dem homo oeconomicus Modell besteht. Dies habe ich vor einigen Jahren in einer auch für den ökonomischen Laien zugänglichen Form erneut aufgegriffen: "Homo Oeconomicus Adaptivus – Die Logik des Handelns bei veränderlichen Präferenzen." Diesen Artikel lege ich bei. Ich bin dieser Tage dabei, meinen Ansatz so auszuweiten, dass man darauf eine Theorie der guten Wirtschaftsordnung aufbauen kann. Aber dieses Projekt ist noch keineswegs abgeschlossen.

Eine Kernthese, die den Konnex zwischen dem tatsächlichen Verhalten der Menschen und dem Homo Oeconomicus herstellt, ist die – in der Tradition Max Webers –, dass die Moderne durch einen hohen "Rationalitätsdruck" ausgezeichnet ist: der Mensch mag in vielem irrational sein; aber er wünscht sich, rational zu sein. Es gibt insofern eine Art "Rationalitätsnorm". Diese setzen wir im Übrigen auch immer schon voraus, wenn wir an die Funktionsfähigkeit der demokratischen Staatsform denken. Auch die heute gängigen großen "Erzählungen" (um einen in Ihrem Buch verwendeten Terminus zu borgen) in der Sozialphilosophie, wie Habermas, Rawls, Sen und andere gehen explizit und implizit von einer Art Rationalitätsnorm aus.

Wie sich nun in diesem Zusammenhang die gegenseitigen Einflüsse der Menschen aufeinander auswirken, habe ich in einer Skizze über das "Paradoxon der Glücksmessung" festgehalten, in deren Mitte die – vielleicht nicht sehr rationalen, nicht sehr vernünftigen – Eigenschaften der Gier und des Neids stehen. Auch diesen Artikel lege ich bei. Natürlich ist diese Thematik viel umfangreicher als das, was diese Skizze diskutiert.

Die Intuition der meisten VWL-Wissenschaftler läuft auf folgendes hinaus: „Wir sind an einer Gesellschaft freier Menschen interessiert. Der stabilisierbare Freiheitsraum der Bürger kann umso größer sein, je "rationaler" die Bürger sind. Daher ist der Idealtypus des rational handelnden Menschen, dem wir aber seine Präferenzen nicht vorschreiben, eine nützliche Denkfigur der Wissenschaft. Mit ihr erst kann man dann auch das Ausmaß der Abweichung tatsächlichen Verhaltens vom völlig rationalen Verhalten erfassen.“ Ich denke, darauf lässt sich ein sinnvolles Forschungsprogramm aufbauen, an dem, wie Sie selbst ja schon beobachtet haben, die Profession derzeit intensiv arbeitet. Sie zitieren ja diesbezüglich meinen heute in Bonn arbeitenden Freund und Fachkollegen Armin Falk.

C

Komplexität. Sie nennen das Wirtschaftsgeschehen "überkomplex". Aber warum ist das so? Die Komplexität hat ihren guten Sinn. Das hat - ohne dieses Wort schon zu benutzen - bereits Adam Smith erkannt. Der erste Satz seines *Wealth of Nations* lautet: "The greatest improvement in the productive powers of labour, and the greater part of the skill, dexterity, and judgement with which it is anywhere directed, or applied, seem to have been the effects of the division of labour." Wenn man weiß, dass Adam Smith ein großer Stilist ist, dann erkennt man auch, dass dieser erste Satz im Grunde die Quintessenz seiner Lehre ist. Wissenschaft versucht ja Komplexitätsreduktion dadurch zu erreichen, dass sie allgemeine Gesetzmäßigkeiten entdeckt und offen legt. Newtons Stolz war es, dass er so diverse Erscheinungen wie die Bewegung der Planeten und den Fall eines Apfels vom Baume auf dasselbe Gesetz zurückführen konnte. Darwins universelle Erklärung der Entstehung der Arten hat unser Denken über die Natur gerade dadurch revolutioniert, dass es sich um ein sehr einfach zu formulierendes allgemeines Evolutionsgesetz handelt. Als Ökonomen verstehen wir mit diesem Satz von Adam Smith den "Sinn" der hohen Komplexität des Wirtschaftsgeschehens. Und gerade dadurch wird es für den Betrachter auch wieder leichter durchschaubar, insofern weitaus weniger komplex. Ich sehe hier natürlich auch die Parallele zur Religion: "Gottes Wille" als Erklärung des sonst nicht erklärbaren Geschehens in der Welt bietet Orientierung in einer "überkomplexen" Welt. Ich will Sie nicht überlasten mit technischen Details des Faches; aber ich schicke Ihnen die zwei ersten Seiten eines Entwurfs, der insgesamt 120 Seiten umfasst. Dort finden Sie drei Zitate von Darwin, Newton und Goethe. Hier nun will ich Sie verweisen auf die Richtlinie von Newton, die uns empfiehlt, gegen die "Überkomplexität" anzukämpfen.

Betrachtet man den "Mechanismus", mit dessen Hilfe die Arbeitsteilung funktioniert und sich im Zeitablauf immer weiter verästelt, dann ist dieser natürlich ganz wesentlich auf das Phänomen "Geld" gestützt, das im Zentrum Ihres Buches steht. Ich habe in einem Artikel, der sich speziell dem Phänomen des Wettbewerbs widmet (und für Fachkollegen und für Wirtschaftsjuristen geschrieben ist), eine These vertreten, die sich sehr an eine "Philosophie" der Komplexität anlehnt, die ich von Herbert Simon gelernt habe. Mehr als Luhmann ist Simon für mich der Theoretiker der Komplexität. Simon, der sowohl die höchste Ehrung der Informatiker (Turing-Medal), als auch die höchste Ehrung der Ökonomen (Nobelpreis) erhalten hat, hat diese Philosophie in einem Artikel in einer philosophischen Zeitschrift niedergelegt. Der Titel lautet: "The Architecture of Complexity". Hier vertritt er eine sehr einfache, und sehr einleuchtende Theorie: alle komplexen Systeme zerfallen in Subsysteme derart, dass die Interaktion zwischen den Elementen eines Subsystems sehr viel intensiver ist

als die Interaktion zwischen Elementen, die unterschiedlichen Subsystemen angehören. Sind die "obersten" Subsysteme immer noch komplex, dann zerfallen sie in Sub-Subsysteme etc. Simon nennt diese Struktur die der "Near-Decomposability", der "Fast-Zerlegbarkeit". Er hat seine eigene Theorie der künstlichen Intelligenz nach dieser Philosophie aufgebaut – und er wurde damit einer der Pioniere dieses Teilgebiets der Informatik. Und in der Tat, wenn man diesen Simonschen Gedanken der Fast-Zerlegbarkeit auf die Wirtschaft anwendet, dann findet man auch hier diese Struktur. Wir sprechen als theoretische und praktische Wirtschaftsleute hier von "Branchen – Subbranchen" etc., die das Prinzip der Arbeitsteilung verkörperlichen ("verdinglichen").

Mit diesem Ansatz von Simon verwandt ist nun meine (und wahrscheinlich nicht nur meine) These von der "Einfachheit als Voraussetzung für Komplexität". Hierzu schicke ich Ihnen den oben schon genannten Artikel "Asymmetrie der Märkte und Wettbewerbsfreiheit". Dort vertrete ich u.a. die These, dass es gerade die Einfachheit der einzelnen Markttransaktion ist, die die große Branchenvielfalt, also die große Komplexität des Wirtschaftsgeschehens ermöglicht. Und ich verweise im Abschnitt H auf die Parallelität mit dem organischen Leben, das nach Darwin eben den Gesetzen der Evolution unterliegt. Die Elementarstruktur dieses enorm komplexen Phänomens ist denkbar einfach: über alle Species hinweg dieselben vier Buchstaben in der Form der vier Aminosäuren, aus denen sich die Erbsubstanz der Lebewesen zusammensetzt. Lange bevor die Menschheit die Buchstabenschrift entdeckt hat, ist diese Entdeckung schon von der Natur gemacht worden. Und es ist eben gerade diese Einfachheit, die die Evolution und deren komplexe Phänomenologie ermöglicht. Gewiss, es gibt noch viel Unverstandenes in der Biologie; aber die Entdeckung der Chemie des Erbguts mit seiner überaus einfachen Elementarstruktur hat das wissenschaftliche Verständnis des Lebens revolutioniert. Und so sehe ich das auch für das Verständnis des Wirtschaftslebens. Indem wir seine Komplexität in der Nachfolge Adam Smiths auf die Vorteile der Arbeitsteilung zurückführen, haben wir einen - wie ich glaube - fruchtbaren wissenschaftlichen Zugriff auf das erstaunliche Phänomen des menschlichen Wohlstands, der sich seit zweihundert Jahren immer weiter verbreitet. Auch die Tatsache, dass wir heute mehr als sieben Milliarden Menschen ernähren können, ist ohne das Phänomen der Arbeitsteilung in Wirtschaft und Wissenschaft nicht zu verstehen.

Das Geld ist das "einigende Band" dieses Systems der "Fast-Zerlegbarkeit" des Wirtschaftens. Encheiresin Oikonomiä? Natürlich gibt es das Leiden an der Arbeitsteilung von früh an. Und natürlich in der Romantik, etwa bei Hölderlin im Hyperion, bei Marx, bei Max Weber, bei Durkheim, bei Lukacs, bei Horkheimer und Adorno, bei Heidegger, bei Erich Fromm mit seiner Gegenüberstellung von Sein und Haben, bei Habermas im Begriff der "Kolonialisierung der Lebenswelt" usw., usw. Und bei Mao Tse Tung, weswegen er die Kulturrevolution ausgerufen hat. Und: einer der größten Ökonomen, John Maynard Keynes, hat in seinem berühmt gewordenen Vortrag "Economic Possibilities of our Grandchildren" eine Art Ende der Arbeitsteilung prophezeit und begrüßt.

Der Patient von heute beklagt die Zersplitterung der Heilkunst; er rennt von "Pontius zu Pilatus" und beklagt das Fehlen einer "ganzheitlichen Medizin". Und alle, Anbieter wie Nachfrager auf den Märkten der Heilkunst, beklagen die überbordende Bürokratie, die man als Ökonom natürlich nicht nur auf die Spezialisierung zurückführt, sondern auch darauf, dass der Patient nicht selbst bezahlt, sondern ein Dritter. (Nur am Rande, wenn die "Bürgerversicherung" kommt, wie von SPD, Grünen, Linkspartei propagiert, dann wird die Bürokratie noch weit schlimmer werden. Sie ist ja einfach eine zweckgebundene zweite Einkommenssteuer, sodass der Spitzensteuersatz von den ca. 50 % des vom linken Spektrum angestrebten Niveaus auf eines von ca. 62,5 % ansteigt mit all der Verschärfung des "Krieges" zwischen den Finanzbehörden und dem Steuerzahler, der auf beiden Seiten mit einer weiteren Bürokratiehochrüstung bestritten wird).

Bei der Entscheidung eines Arbeitgebers, welchen Bewerber er in den bei uns privilegierten Status des Arbeitnehmers hinauf hievt, orientiert er sich vor allem an den Examensleistungen, die außerhalb des Wirtschaftssystems erbracht wurden. So kann er sich gegen den Vorwurf exkulpieren, er habe bei dieser quasi "Beförderung" irgendwie diskriminiert. Dies aber führt zu einem wiederum hoch bürokratisierten Bildungssystem, das zwar gebührenfrei zugänglich ist, in dem aber gerade deshalb eine Steuerung nur noch durch zunehmende Bürokratie gelingt. Mit der Folge, dass vieles Unnütze gelernt, viel Lebenszeit vergeudet und das Selber-Denken entmutigt wird. Weg von Humboldt, bloß weg von Humboldt! Denn dessen Ideal war natürlich in hohem Maße ungerecht. Denn dort gab die zahlungskräftige Nachfrage den Ausschlag dafür, was wem gelehrt wurde. Dafür kam es mit einem Minimum an Bürokratie aus.

Die Quintessenz ist, dass unser Wohlstand wohl der Arbeitsteilung zu verdanken ist, dass diese aber entweder durch das Steuerungsmittel "Geld" und "Ware" (die "invisible hand" oder eben die "Verdinglichung" der sozialen Beziehungen) oder - im Namen der Gerechtigkeit - durch das Steuerungsmittel Bürokratie stabilisiert werden muss. Und damit ist – so oder so – ein Leiden an der "Wohlstandsmaschine" Arbeitsteilung eingebaut. Insgesamt aber sehe ich die Wirtschaft nicht als hyperkomplex an, nachdem die Ökonomie Fortschritte gemacht hat, ihr Funktionieren zu verstehen.

D

Als letzten Punkt gehe ich auf das Finanzsystem und die Finanzkrise ein. Es hat natürlich immer Krisen gegeben. Ich will und kann hier keine allgemeine Krisenerklärung geben. In der arbeitsteiligen modernen Marktwirtschaft zeigen sich die Krisen früh in deren "Nervensystem", dem Geld- und Kreditsektor. Es besteht dann immer die Neigung, die jeweils aktuelle Krise dem Finanzsektor, d.h. den Banken und "Finanzjongleuren" zuzuschreiben. Das ist partiell auch richtig. Aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Die Euro-Krise ist daneben auch hervorgerufen durch zum Teil unverantwortliches Handeln der demokratisch gewählten Regierungen und Parlamente.

Bei der Diagnose der gegenwärtigen Krise wird von vielen Kommentatoren ein analytischer Fehler gemacht, auf den ich in verschiedenen Publikationen aufmerksam gemacht habe. Auch Ihre Betrachtungen hierzu sind zum Teil problematisch, weil Sie hier denselben Fehler machen. Es geht um das Thema Staatsschulden. Sie plädieren ja für eine Vermögensabgabe, mit der man die Rückzahlung von Staatsschulden finanzieren soll. Staatsschulden werden heute vom Publikum, aber auch von vielen meiner Fachkollegen nur negativ gesehen. Sie werden gesehen als eine Belastung, die wir kommenden Generationen aufhalsen. Diese einseitig negative Beurteilung von Staatsschulden ist ein analytischer Fehler.

Ich schicke Ihnen anbei einige meiner Veröffentlichungen, in denen ich zeige, dass Staatsschulden einen "Januskopf" haben. Das bedeutet, dass man sie nicht einseitig negativ beurteilen kann. Ich gehe soweit zu sagen: wenn wir Prosperität und eine stabile Währung erhalten wollen, dann gibt es einen sehr hohen Bedarf an Staatsschulden. Nach meiner Abschätzung besteht in den reichen Ländern (=OECD-Länder) plus China das private Vermögen der Menschen zu rund der Hälfte aus Staatsschulden. Die andere Hälfte besteht aus Realvermögen wie anfassbare Gegenstände: Gebäude, Maschinen, Warenvorräte, und aus dem Wert von Unternehmensbeteiligungen, die höher sind als deren Bilanzwert. Dabei beziehe ich an den Staat gerichtete Renten- und Pensionsansprüche und ähnliche Ansprüche in das private Vermögen mit ein. Die entsprechenden Verpflichtungen des Staates an seine Bürger betrachte ich als Teil der Staatsschulden. Es sind dies, was man manchmal auch "implizite" Staatsschulden nennt. Mit dieser "weiten" Definition von Vermögen einerseits und Staatsschulden andererseits komme ich zu der genannten Abschätzung, dass das private Vermögen etwa hälftig aus Staatsschulden besteht. Die Welt außerhalb dieses Gebiets

OECD+China mag anders aussehen. Aber das ändert nichts an den Schlussfolgerungen, die ich aus diesem Tatbestand ziehe.

Der tiefere Grund für diesen enorm hohen Anteil privaten Vermögens in der Form von Staatsschulden ist folgender: Die westliche Welt hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts dafür entschieden, den Sozialstaat in der Weise aufzubauen, dass dem einzelnen Bürger einklagbare Rechte an den Staat zuerkannt worden sind. Mit deren Hilfe ist er gegen die Wechselfälle des Lebens und insbesondere für sein Alter abgesichert. Es ist dies das Erbe der "Kathedersozialisten", die diese Antwort auf die damalige "soziale Frage" ausgearbeitet und propagiert haben. Sie ist dann von Bismarck übernommen worden und dann im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts Schritt für Schritt ausgebaut worden. Nach ihrem Beginn in Deutschland ist diese Form des Sozialstaats in ähnlicher Weise in allen westlichen Ländern eingerichtet worden, so durch die "Beveridge"-Reformen in Großbritannien, so durch den "New Deal" und die "Great Society" in den USA, durch die AHV nach dem 2. Weltkrieg in der Schweiz, usw., usw. China ist dabei, ähnliche sozialstaatliche Einrichtungen zu schaffen. Auf diese Weise ist der abendländische Individualismus, mit der Grundidee des auf individuellen Ansprüchen beruhenden Rechtsstaats, verknüpft worden mit der Idee des Sozialstaats. Diese Staatsform ist bei allen OECD-Staaten inzwischen "sakrosankt" (um auch hier wieder eine Anleihe bei einem Religionsbegriff zu machen).

Hinzu kommt der im Verlauf des 20. Jahrhunderts ganz enorm gewachsene "dritte Lebensabschnitt", in dem die Menschen nicht für Geld arbeiten, aber dennoch praktisch genauso viel konsumieren wie zuvor im zweiten Lebensabschnitt ihrer Berufstätigkeit. Ihr mit eigenen Geldmitteln finanzierter Konsum geht zwar etwas zurück, wenn man ihn mit demjenigen während der Berufstätigkeit vergleicht. Aber andererseits beanspruchen sie weitaus mehr Leistungen, die von der Krankenkasse oder der Pflegeversicherung finanziert werden. Die sogenannte "Rentenbezugsdauer" beläuft sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung heute im Durchschnitt auf fast 20 Jahre. Im Jahre 1970 betrug sie noch 10 Jahre. Sie hat sich also in einem Zeitabschnitt von anderthalb Generationen verdoppelt. Und sie wird weiter steigen. Bei den Freiberuflern, selbständigen Unternehmern und den Beamten ist der dritte Lebensabschnitt noch länger. Man kann nun mit einer relativ einfachen Rechnung zeigen, dass dieser Alters- und Krankheits- und Arbeitsunfähigkeitsvorsorge ein privates Vermögen pro Einwohner entsprechen muss, das ungefähr 10 mal so hoch ist wie der private und öffentliche Jahreskonsum. Dazu kommt der Vererbungswille beim Mittelstand. Wie eine Untersuchung eines renommierten britischen Ökonomen für die OECD-Welt festgestellt hat, wird ungefähr die Hälfte des privaten Vermögens an die nächste Generation vererbt. Damit ist ein Vermögenswunsch der Bevölkerung von mindestens 12 Jahren privaten und öffentlichen Konsums abzuschätzen. Unter "Vermögenswunsch" verstehe ich hier, dass man bis zu dieser Höhe bereit ist, auf jeweils heutigen Konsum zu verzichten, um durch diesen Verzicht Vermögen zu bilden. Der typische deutsche Arbeitnehmer spart ungefähr 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens. Dazu werden aber mehr als 40 Prozent dieses verfügbaren Einkommens in der Form von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur Pflegeversicherung einbehalten. Ein überwiegender Teil dieser Beiträge dient der Vorsorge für das Alter. Somit gehen knapp 40 Prozent des erworbenen Lohn Einkommens (nach Lohnsteuer) in die Altersvorsorge. Und so muss es auch sein: wenn der zweite Lebensabschnitt doppelt so lang ist wie der dritte (was ungefähr der Realität entspricht), dann muss (Zinsen und Lohnsteigerungen während des zweiten Lebensabschnitt ignoriert, da sie sich gegenseitig ungefähr kompensieren) das Erwerbseinkommen ungefähr im Verhältnis 2 zu 1 in Konsum und Ersparnis aufgeteilt werden, also ein Drittel des Erwerbseinkommens für die Altersvorsorge gespart werden.

Es ist nun völlig ausgeschlossen, dass die Privatwirtschaft und die Hausbesitzer Realvermögen in einer solchen Höhe bilden wollen. Selbst wenn der risikobereinigte Realzinssatz Null ist, wird sich dieses Realvermögen auf nicht mehr als ungefähr das

Fünffache des privaten und öffentlichen Jahreskonsums summieren. Ich will das hier nicht im Einzelnen begründen. Man müsste hier in ein relativ technisches Gebiet der Wirtschaftstheorie einsteigen. Das Gebiet nennt sich "Kapitaltheorie" – und es ist sehr zu Unrecht von meinen Fachkollegen in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden. Die Privatwirtschaft bietet damit den Bürgern eine unzureichende Möglichkeit zur Anlage ihres Vermögens, das sie aus Vorsorgegründen bilden wollen.

Damit nicht ein "Vorsorgealbtraum" entsteht, muss der Staat die Lücke füllen zwischen dem privaten Vermögenswunsch und der privaten Bereitschaft, Realvermögen zu bilden. Er muss sich als Schuldner zur Verfügung stellen. Der Vorsorgealbtraum ist aber, "makro-ökonomisch" betrachtet, nichts anderes als eine tiefe Weltwirtschaftsdepression. Ihre Folge wäre politisch das Ende unserer Wirtschaftsordnung, die uns diese Prosperität gebracht hat, die wir nun seit Jahrzehnten gewohnt sind. Ich kann mit dieser Argumentation allein nicht zeigen, ob die gegenwärtige weltweite Staatsverschuldung "zu hoch" oder "zu gering" ist. Aber es ist jedenfalls klar, dass es kein sinnvolles Ziel ist, die Staatsverschuldung auf null zu reduzieren. Gegenwärtig sollte meiner Ansicht nach Deutschland seine Staatsschulden energisch erhöhen, um es damit auch Griechenland, Portugal etc. leichter zu machen, ihre jeweilige Staatsverschuldung zurück zu fahren.

Ich will hier nicht in die Diskussion der aktuellen Wirtschaftspolitik einsteigen. Hierzu lege ich meinen Artikel bei, der im Mai in der FAZ erschienen ist. Nur zu Ihrer Rechnung betr. den Zinsendienst (S. 89). Heute kann sich die öffentliche Hand im Durchschnitt zu weniger als 2 % Zinsen pro Jahr verschulden. Die Inflationsrate beträgt knapp unter 2 % pro Jahr. Damit ist der Realzins auf die öffentliche Schuld praktisch null. Da zudem der Staat auf die Nominalzinsen seiner Gläubiger ca. 26 % Steuer erhebt, ist der nominelle Zinsendienst nach dem Steuereffekt ungefähr 1,5 % pro Jahr, also deutlich weniger als die Inflationsrate. Der Staat zahlt praktisch negative Realzinsen auf seine Schulden. Es ist insofern auch nicht richtig, dass dieser Zinsendienst den Steuerzahler oder die nachfolgenden Generationen belastet. Wenn das reale Sozialprodukt auch nur konstant bliebe (statt zu wachsen) und der reale Stand der öffentlichen Schuld konstant bliebe, dann gewönne der Staat wegen der negativen Realzinsen jedes Jahr einen halben Prozentpunkt der Staatsschuld hinzu – verglichen mit dem Zustand, dass er bei gleichem Sozialprodukt keine Schulden hätte. Nominal sieht das so aus: Der Staat zahlt 1,5 % (nach Steuern) auf seine Staatsschuld. Zugleich kann er bei einer konstant bleibenden Realschuld seine Nominalschuld um 2 % (=Inflationsrate) erhöhen, sodass er jedes Jahr im Saldo 0,5 % der Staatsschuld für andere Aufgaben hinzugewinnt.

Wie ich am Schluss meines Artikels über den Vorsorgealbtraum schreibe: "Die Verzinsung des risikolosen Vorsorgevermögens mit null ist quasi der "Preis", den der einzelne vorsorgende Bürger dem Staat als Repräsentanten aller Bürger dafür zu bezahlen hat, dass es ihm der Staat mithilfe seines Gewaltmonopols und der darauf aufbauenden Besteuerungskraft ermöglicht, die von ihm gewünschte Vorsorge in dem von ihm gewünschten Umfang zu erlangen, ihn also vom Vorsorge-Albtraum zu befreien. Der "Preis", den der Staat hier einnimmt, besteht darin, dass er die Besteuerung der Bürger geringer halten kann als ohne diese Staatsschulden: seine jährliche Steuerersparnis, bezogen auf den jährlichen Konsum der Volkswirtschaft, ist bei einem Zinssatz von null gleich $g \cdot D$, wobei g die reale Wachstumsrate des Systems ist." D ist der Schuldenstand des Staates im Verhältnis zum laufenden öffentlichen und privaten Konsum.

Das klingt für Sie etwas technisch, aber ist nur die Konsequenz des Gedankens, dass unter den heutigen demographischen Bedingungen der Staat mit seinen Schulden seinen Bürgern eine Anlagemöglichkeit bietet und sie damit vom Vorsorge-Albtraum befreit – und dass er dafür eine Art Dienstleistungsgebühr erheben kann.

Es ist also durchaus möglich, dass der Weltmarktzinssatz für risikofreie Anlagen real unter null oder bei null bleibt. Wenn alle Staaten gemeinsam versuchen, ihre Staatsschulden zu vermindern, dann wird dies aller Wahrscheinlichkeit nach das Ergebnis sein. Bei Preisstabilität, die ein allgemein anerkanntes Ziel ist, sind Realzins und Nominalzins gleich. Also müsste auch der Nominalzins im Normalfall praktisch null sein. Das bringt aber die Gegensteuerung gegen Finanzkrisen durch die Zentralbank in Schwierigkeiten. Früher, als das normale Zinsniveau positiv war, konnte die Zentralbank auf drohende Krisen dadurch reagieren, dass sie den Zins absenkte. Wenn aber schon der normale Zinssatz Null ist, dann kann sie ihn nicht weiter senken. Denn der Nominalzins kann nicht negativ werden. Also müssen neue Krisenbekämpfungsmittel gefunden werden. Diese mögen – wie nunmehr schon beobachtet – im massiven Ankauf von langlaufenden Staatsanleihen bestehen. Das aber ist aus traditioneller Sicht höchst problematisch; denn es gilt als Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. So tut sich das traditionelle Denken, das in den Zentralbanken sehr stark verankert ist, schwer mit dieser von mir diagnostizierten neuen Situation. Damit hängt meines Erachtens zusammen, dass man der laufenden Krise etwas hilflos gegenüber steht. Wir brauchen hier ein neues Denken.

E

Zum Abschluss noch einmal Ihnen meinen Beifall für ein wirklich interessantes und dazu amüsanter Buch. Ich habe der örtlichen Thomas Mann Gesellschaft zugesagt, in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 einen Vortrag zu halten, der Teil einer Reihe sein soll mit dem Generaltitel "Mein Thomas Mann". Ihr Buch wird mir dafür eine Hilfe sein. Ich wollte mich vor allem auf die Josefs-Romane stützen, die ich vor einem halben Jahrhundert mit Begeisterung gelesen habe. Ihr Hinweis auf die Bezüge zur "Hand" in "Königliche Hoheit" werden mich veranlassen, auch dort nochmal hinein zu schauen.

Ich erlaube mir, diesen Brief auch meiner Homepage zuzufügen – und ihn in dieser Form auch "öffentlich" zu machen.

Mit freundlichen Grüßen